

# Deutschland in Europa – Geschichte und Gegenwart

*Roland Sturm*

## Zusammenfassung

Deutschlands Rolle in Europa wandelte sich von einer zustimmenden Haltung zu mehr Integration durch Euro- und Flüchtlingskrise zu einer kritischeren Sichtweise. Damit erreichte das Thema Europa den Parteienwettbewerb in Deutschland. Das Modell der „Vereinigten Staaten von Europa“, das die Juncker-Kommission offensiv vertrat, hat – auch angesichts der Rolle des Nationalstaats in der Corona-Krise – an Attraktivität verloren.

## 1. Zur Vorgeschichte

Bundestagswahlen haben immer auch eine außenpolitische und insbesondere eine europapolitische Komponente. In der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland spielten der Kalte Krieg und die Haltung der Parteien zur Sowjetunion eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung. Eng mit dem Kalten Krieg verbunden war die Teilung Deutschlands. Alle damals in Westdeutschland relevanten Parteien, die CDU, die CSU, die SPD und die FDP, setzten sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein. Gegenseitige Vorwürfe im parteipolitischen Wettstreit in den Bundestagswahlkämpfen 1949, 1953 und 1957 thematisierten einerseits die schrittweise Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und andererseits den formal 1955 abgeschlossenen Aufbau der Bundeswehr als Armee in der NATO. Während die von *Konrad Adenauer* (CDU) geführten Koalitionsregierungen der bürgerlichen Parteien diese



**Prof. Dr. Roland Sturm**

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Institut für Politische Wissenschaft

Themen vorantrieben, gab es anfangs erheblichen Widerstand der politischen Linken, insbesondere der SPD.

Nachdem die SPD in Westdeutschland sowohl den Kurs der transatlantischen Integration akzeptiert hatte als auch die neue militärische Rolle Deutschlands in der NATO unterstützte, verlagerte sich das Interesse späterer Wahlkämpfe in der Bundesrepublik auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Der Konsens unter den Volksparteien, der CDU/CSU und der SPD, blieb groß, Westdeutschland durch Schritte zur europäischen Integration wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Politisch souveränes Handeln Deutschlands sollte durch eine Integration des Landes in internationale Organisationen ermöglicht werden. Hierfür steht beispielhaft Westdeutschlands Rolle als Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, eine der europäischen Gemeinschaften neben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, gegründet 1952) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, gegründet 1957), alles Vorläufer der heutigen Europäischen Union.

Die deutsche Europapolitik<sup>1</sup> fand sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politischen Entscheidungsträgern weitgehende Unterstützung. Dies führte zu einer politischen Konstellation in der Europapolitik, die als „permissiver Konsens“ bezeichnet wurde. Damit ist gemeint, dass die Fragen der europäischen Integration weitgehend aus dem politischen Streit genommen wurden, weil es der Konsens in Volk und Regierung letzterer erlaubte, weitreichende europäische Integrationschritte zu gehen, ohne auf Widerstand in der Bevölkerung zu stoßen. Im Gegenteil, die emotionale Verbundenheit mit „Europa“ war in Westdeutschland hoch. Die Annahme einer fortdauernden „automatischen“ Legitimation europapolitischen Handelns der Bundesregierung erwies sich seit den 1990er Jahren aber immer wieder als trügerisch, vor allem, wenn es um die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union ging. Sowohl die Einführung des Euro als auch die Griechenland-Hilfe oder die EU-Haltung zum Türkeibeitritt zeigten, dass Teile der Bevölkerung nicht mehr jede Entscheidung der politischen Eliten mitzutragen bereit waren. In Bundestagswahlkämpfen und erst Recht in den Bundestag schafften es die Zweifel an bestimmten Aspekten der europäischen Integration lange nicht. 2013 scheiterte die als eurokritische Partei angetretene AfD knapp an der 5%-Hürde.

Bei der Bundestagswahl 2017 war die Frage nach der Zukunft der europäischen Integration keine nebensächliche. In den Augen der Wählerinnen und Wähler blieb es aber bei marginalen Unterschieden parteipolitischer Positionen.<sup>2</sup> CDU, SPD und Grüne wurden als gemäßigt integrationsfreundlich wahrgenommen, die FDP galt als integrations skeptischer. Der Linken und der CSU wurde Zufriedenheit mit dem Status quo unterstellt. Als ausgesprochen kritisch eingestellt gegenüber der europäischen Integration galt nur die AfD. Die Wahlkämpfer forcierten allerdings diese Unterschiede zwischen den Parteien nicht, und die meisten Wählerinnen und Wähler verknüpften das Thema „europäische Integration“ nicht mit ihrer Wahlentscheidung. Die europäische Integration entwickelte sich bisher nicht zu einem das Parteiensystem und Wahlerfolge prägenden „Großthema“ wie andere außenpolitische Themen zuvor.